

Berufsbildung – Standortbestimmung und Zukunftsperspektiven

Interview von Robert E. Gubler, Präsident Kantonalen Gewerbeverband Zürich mit Prof. Edit Seidl, Andragogin.

Robert E. Gubler: In allen Medien wird regelmässig über «Bildung» diskutiert. Die Bildungsbeilagen der Zeitungen befassen sich vorab mit akademischer Bildung. Wo steht nun die Berufsbildung?

Edit Seidl: Zahlenmässig ist die Berufsbildung in der Schweiz der stärkste Bildungszweig in der Altersgruppe der Schulabgänger: Sie umfasst über 200 Berufe, und rund 200'000 Jugendliche absolvieren zurzeit eine Lehre, weitere 25'000 besuchen eine Vollzeit- oder Teilzeitschule auf der Stufe der beruflichen Grundbildung. Zusätzlich erarbeiten sich rund 25'000 Berufsleute in einem zweiten und dritten Schritt einen eidgenössischen Fachausweis oder ein Diplom.

Vielleicht gerade deswegen, weil sie so selbstverständlich ist, wird die Berufsbildung öffentlich viel zu wenig wahrgenommen. Viele handwerkliche Berufe haben zudem ein Imageproblem; «Übergewändli-Berufe» stehen meist nicht zuoberst auf der Wunschliste der Eltern und ihrer Söhne und Töchter. Immer noch geistert die falsche Vorstellung herum, nur ein akademisch gebildeter Mensch sei ein «gebildeter» Mensch.

RG: Seit 2004 hat die Schweiz ein neues Berufsbildungsgesetz. Welche Erfahrungen hat man bisher damit gemacht?

ES: Das eidgenössische Gesetz und die Verordnung sind seit 2004 in Kraft; jeder Kanton muss dies aber noch in einem kantonalen «Einführungsgesetz» in die Praxis umsetzen. So haben wir im Kanton Zürich im vergangenen September darüber abgestimmt. Erst die neuen Generationen von Lernenden werden die Auswirkungen der neuen Rahmenbedingungen voll zu spüren bekommen – eine Prognose ist also noch verfrüht.

Während der nächsten Jahre muss die Zielerreichung kritisch begleitet und überprüft werden: Verfügen die Absolventinnen und Absolventen einer Berufslehre über die vom Markt erwarteten Fähigkeiten und Kenntnisse? Allein dies ist für die Zukunft matchentscheidend. Dabei sind alle gefordert: die ausbildenden Betriebe, die Dach- und Branchenverbände als Träger-schaften der Ausbildungsreglemente und die Berufsbildungsämter. Und hier noch ein Wort zu den Politikern: Bitte zügel Sie Ihren Reformeifer und geben Sie den Betrieben und Lernenden die Chance, sich an die neuen Rahmenbedingungen zu gewöhnen, bevor wieder da und dort am Gesetz „herumgeschraubt“ wird!

RG: Stichwort «Politik»: Der Wirtschaft wird von Politikern immer wieder vorgeworfen, sie stelle zu wenige Lehrstellen zur Verfügung, bevorzuge die Sek.-A-Absolventen usw. Sogar diesbezügliche bundesrätliche Appelle sind ergangen. Ist die Situation wirklich so dramatisch?

ES: Die Situation ist nicht dramatisch: Im Oktober 2008 hatten wir eine Quote von 3,1 Prozent arbeitsloser Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Dies ist – gemessen an der EU – ein tiefer Wert. Aber auf der individuellen Stufe ist es für jeden Jugendlichen ein Drama, wenn er vergeblich eine Lehrstelle sucht. Hier braucht es wirksame Unterstützung, aber nicht erst bei der Lehrstellensuche, sondern bereits in der Grundschule. Die Regelungen des neuen Berufsbildungsgesetzes möchten u.a. dem gesellschaftlichen Wandel gerecht werden, was teilweise gelungen ist, teilweise schiessen sie über das Ziel hinaus. Vieles wird mit dem medienwirksamen Begriff «Chancengleichheit» etikettiert. In diese Richtung



Frau Professor Edit Seidl, Andragogin, Winterthur, anlässlich eines Symposiums über «Bildungswesen im Umbruch» im Auditorium Maximum an der ETH Zürich. Bild: zvg

zielt zum Beispiel auch das Projekt der anonymen Bewerbungen für eine Lehrstelle. Dahinter steckt die Annahme, dass Lehrstellensuchende mit einem unschweizerischen Namen geringere Chancen auf eine Zusage hätten. Ich habe hier ganz andere Erfahrungen gemacht und deshalb meine begründeten Zweifel. Zudem: Sollte es noch Unternehmen mit diesbezüglichen Vorurteilen geben, wäre die Situation für einen oder eine Lernende doch eher schwierig, wenn dann die anonyme Wahl auf sie oder ihn fielen. Hier setze ich viel eher auf Aufklärung, Kommunikation und positive Erfahrungen.

Mit rund 200'000 Jugendlichen von gesamtthaft 325'000 auf der Sekundarstufe II stehen 62 Prozent davon in der Berufsbildung. Dies ist – gemessen am Ausland – ein stolzer Prozentsatz! Dies heisst jedoch nicht, dass wir uns auf den Lorbeeren ausruhen können. Wir müssen aufpassen, dass die Firmen nicht vor der Ausbildung zurückschrecken, weil der administrative Aufwand – vor allem für den gewerblichen Kleinbetrieb – sehr hoch ist. Hinzu kommen die intensive Betreuung der oder des Lernenden, eine gewisse Tendenz zur «Theorielastigkeit» auch der handwerklich orientierten Berufe sowie die Auflage zur eigenen pädagogischen Weiterbildung als Voraussetzung, um als Lehrmeister eine Ausbildungsbewilligung zu erhalten.

Und – last but not least – ist ja die wirtschaftliche Entwicklung sehr unsi-

cher. Gerade deshalb müssen wir nun alles daran setzen, jungen Menschen eine gute berufliche Grundbildung zu bieten. Wir brauchen den hochqualifizierten beruflichen Nachwuchs dringend, um konkurrenzfähig zu bleiben, im In- und Ausland.

RG: Bund, Kantone, Regionen und Gemeinden sowie private Institutionen engagieren sich in der Lehrstellenförderung. Sind diese Aktivitäten koordiniert, und bringen Sie den gewünschten Erfolg?

ES: In der Tat wird im Moment viel unternommen, um Lehrstellen zu schaffen. Koordiniert sind diese Initiativen nach meiner Erfahrung nur zum kleineren Teil. Oft möchte man auch sein Gärtchen pflegen und ist auf eine weitergehende Zusammenarbeit gar nicht erpicht. Eine objektive Erfolgskontrolle ist so nicht möglich. Wenn man die Wirtschaftszyklen anschaut, sieht man schnell, dass es in Phasen der Hochkonjunktur immer mehr Lehrstellenangebote hatte als in Zeiten einer Rezession. Die letzten Jahre waren Boomjahre für praktisch die meisten massgeblichen Branchen wie z.B. Versicherungen, Finanzwirtschaft, Bau, Baunebengewerbe, Fahrzeuge, Konsumgüter, Chemie, die in dieser Phase generell mehr Arbeitsplätze und damit auch mehr Ausbildungsplätze schaffen konnten. Ob sich die Bemühungen zur Lehrstellenförderung lohnen, werden wir in nächster Zeit sehen, wenn die «fetten Jahre» vorbei sind.

RG: Das Stimmvolk des Kantons Zürich hat im September 2008 die Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds beschlossen. Was halten Sie von dieser Massnahme?

ES: Die Idee ist einleuchtend: Auch sog. «Trittbrettfahrer», d.h. Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, sich dann aber die ausgebildeten Fachleute vom Arbeitsmarkt holen, sollen an die Berufsausbildung ihren Beitrag leisten. Dennoch hatte ich damals ein überzeugtes «Nein» in die Urne gelegt. Viele Leute, mit denen ich im Vorfeld der Abstimmung darüber diskutiert hatte, wussten gar nicht genau, wie der Mechanismus dieser neuen Abgabe spielt. Dazu muss man wissen, dass das Berufsbildungsgesetz zweierlei Arten von Berufsbildungsfonds vorsieht: Zum einen gibt es die Branchenfonds der Verbände, wobei das obligatorisch von sämtlichen Betrieben einer Branche erhobene Geld ausschliesslich für Bildungsmassnahmen innerhalb einer Branche eingesetzt wird – z.B. für Schreiner, Kältemonteur, Elektriker u.a.m. Dies ist nachvollziehbar. Jeder Branchenangehörige zieht seinen Nutzen aus gut ausgebildeten Fachleuten. Ganz anders ist die Philosophie bei den kantonalen Berufsbildungsfonds: Die Kantone können auch obligatorische Berufsbildungsfonds einrichten, wofür dann Geld bei allen Unternehmen eingezogen und damit branchenübergreifend Bildungsaktivitäten finanziert werden. Dabei subventioniert der Bäcker den Automechaniker, der Schreiner den Coiffeur usw. Es wäre ehrlicher gewesen, das Kind beim Namen zu nennen und von einer Berufsbildungssteuer oder Berufsbildungsabgaben zu sprechen. Ob diese Abgabe nun zu einem höheren Lehrstellenangebot führt, muss abgewartet werden.

RG: In der Berufsbildung wird der Slogan propagiert «Kein Abschluss ohne Anschluss». Ist dies realistisch, und was ist davon zu halten?

ES: Im Prinzip sehe ich dieses Ziel als einen grossen Fortschritt, der Weg dahin ist aber noch weit. Auf der Stufe Grundbildung weist die zweijährige Attestausbildung mit eidgenössischem Abschluss in die richtige Richtung. Wer das Attest hat, kann später noch den Fähigkeitsausweis erlangen, wenn er

nach einer weiterführenden Berufsqualifikation strebt. Dann steht der Weg nach oben offen. Wie viele Berufsleute diese Möglichkeiten nutzen werden, können wir heute noch nicht wissen, weil auch damit Neuland betreten wird.

Ich möchte noch ein Wort zu den Fachhochschulen sagen: Voraussetzung für den Besuch einer Fachhochschule ist die Berufsmaturität, die man sich während der Lehre in der Berufsmittelschule erarbeitet. Unter gewissen Umständen kann aber auch ein Absolvent einer «Meisterschule», d.h. ein Diplomand oder eine Diplomandin der höheren Berufsbildung, in die Fachhochschule wechseln. Mit dem Bachelor- und Mastersystem, das sowohl die Fachhochschulen als auch die universitären Hochschulen eingeführt haben, besteht für einen oder eine sehr gute Fachhochschul-Absolventin sogar eine Passerelle zu den universitären Hochschulen.

Auch hier werden die nächsten Jahre zeigen, ob diese Anschlussmöglichkeiten genutzt werden und sich in der Praxis bewähren.

RG: Eingangs hatten Sie sinngemäss gesagt, die Berufsbildung sei das Stiefkind im Schweizer Bildungswesen. Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, dass die Berufsbildung den ihr zukommenden Stellenwert erhält?

ES: Erinnern Sie sich an den 21. Mai 2006? Damals hat das Stimmvolk den Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung gutgeheissen. Demnach (Art. 61a) haben die Kantone nun den Auftrag, sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dafür einzusetzen, «dass allgemein bildende und berufsbezogene Bildungswege eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden». Nun müssen diese Worte in Taten umgesetzt werden! Wie bei allen gesellschaftlichen Phänomenen ist es jedoch der und die Einzelne, die durch ihr Verhalten das Ganze beeinflussen; hier muss ein Umdenken stattfinden: Beide Bildungswege – der praktische und der akademische – sind Pfeiler unserer Gesellschaft und damit unserer Wirtschaft. Entscheidend ist, dass man für jeden Beruf das bestmögliche Fachwissen erwerben kann und dann mit Freude und Stolz diesen Beruf ausübt.

Die Interview-Partner

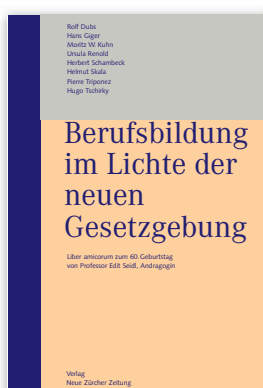
Prof. Edit Seidl, Winterthur (ES):

Edit Seidl ist Andragogin und seit rund 35 Jahren im Bildungswesen aktiv. Von 1998 bis 2007 war sie Vizepräsidentin des Schulrates der Zürcher Hochschule Winterthur. Als Eigentümerin führt sie die CONNECT CONSULTING AG, die auf Dienstleistungen für Verbände spezialisiert ist und diese u.a. in der Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes unterstützt.

Robert E. Gubler, Zürich (RG):

Robert E. Gubler ist Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Zürich, Berater und VR-Präsident der Communicators AG in Zürich. Er ist Verfasser zahlreicher Publikationen und Stellungnahmen. Schwerpunkte bilden neben der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik die Rahmenbedingungen für KMUs sowie die Berufsbildungspolitik.

Berufsbildung im Lichte der neuen Gesetzgebung



Das volkswirtschaftliche Interesse an der Hebung des Bildungsniveaus verlangt, dass Bildungsplanung, Bildungsziele und Bildungsmethoden hinterfragt werden: Droht der Berufsbildung die Verschulung? Was bringt die Neuordnung für Vorteile? Wie sind die Auswirkungen der Berufsbildungsreform auf Unternehmen? Mit einem Geleitwort von Bundesrätin Doris Leuthard und Grussbotschaften von alt Bundesrat Adolf Ogi und der ehemaligen Generalkonsulin der Republik Österreich in Zürich Dr. Bettina Kirnbauer.

Rolf Dubs, Hans Giger, Moritz W. Kuhn, Ursula Renold, Herbert Schambeck, Helmut Skala, Pierre Triponez, Hugo Tschirky

Berufsbildung im Lichte der neuen Gesetzgebung

Liber amicorum zum 60. Geburtstag von Professor Edit Seidl, Andragogin
308 Seiten, Format 17 x 24 cm, gebunden, Fr. 89.–/€ 58.–

www.nzz-libro.ch

ROLF DUBS (*1935) Dr.oec. et Dr.h.c.mult., em. Professor für Wirtschaftspädagogik und alt Rektor der Universität St. Gallen; Präsident und Mitglied des Verwaltungsrates in verschiedenen schweizerischen und internationalen Unternehmen. **HANS GIGER** (*1929) Dr.iur. et Dr.phil. I, em. Professor für ZGB und OR inkl. Rechtsvergleichung an der Universität Zürich und Gastprofessor an der Universität Fribourg, Präsident SGO Ständige Schweizerische Schiedsgerichtsorganisation. **MORITZ W. KUHN** (*1944) Prof. Dr.iur., Rechtsanwalt, Präsident des Kassationsgerichtes des Kantons Zürich, Professor für Privat- und Versicherungsrecht an der Universität Zürich. **URSULA RENOLD** (*1961) Dr.phil. I, Direktorin Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT. **HERBERT SCHAMBECK** (*1934) Dr.iur. et Dr.h.c.mult., em. ordentlicher Professor für öffentlichen Recht, politische Wissenschaften und Rechtsphilosophie an der Universität Linz; Präsident des Bundesrats i.R. der Republik Österreich. **HELMUT SKALA** Hofrat Dkfm. Mag., ehemaliger Direktor Höhere Bundeslehranstalten Baden/Wien, Vertreter des österreichischen Lehrstandes im Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft. **PIERRE TRIPONEZ** (*1943) Dr.iur., Mitglied des Schweizerischen Nationalrats, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Präsident der Stiftung KMU Schweiz. **HUGO TSCHIRKY** (*1938) Dr.phil. II et Dr.oec., em. Professor für Business Administration an der ETH Zürich, Gastprofessuren am Tokyo Institute of Technology und Massachusetts Institute of Technology.

BESTELLUNG

Bitte senden Sie mir mit Rechnung:

Dubs, Giger, Kuhn, Renold, Schambeck, Skala, Triponez, Tschirky
Berufsbildung
Fr. 89.–/€ 58.–/–/–Versandkosten
ISBN 978-3-03823-321-3

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift

NZZ Libro
Buchverlag Neue Zürcher Zeitung
Postfach, CH-8021 Zürich
Telefon +41 44 258 15 05, Fax +41 44 258 13 99
nzz.libro@nzz.ch
Erhältlich auch in jeder Buchhandlung und beim Kundendienst der NZZ, Falkenstrasse/Ecke Schillerstrasse, Zürich

NZZ Libro
BUCHVERLAG NEUE ZÜRCHER ZEITUNG